

## **Pensionskosten: Fakten statt Polemik!**

Das neue Jahr starte ich voller Neugierde und Tatendrang – das bedeutet auch, weiter **mit Vorurteilen und falschen Zuschreibungen zu den Seniorinnen und Senioren aufzuräumen**. Das betrifft besonders die Diskussion für die Pensionskosten, die sich in eine destruktive und gesellschaftspolitisch gefährliche Richtung entwickelt.

Im öffentlichen Diskurs wird dieses komplexe Leistungsprinzip immer öfter **auf einen Kostenfaktor reduziert**, den angeblich die „Alten“ der Gesellschaft – vor allem der Jugend – aufbürden. Bereits zum Jahreswechsel habe ich in einem Pressegespräch dieses schiefe Bild zurechtgerückt. Die Berichterstattung dazu können Sie unter anderem in der Krone, im Kurier, in der Wiener Zeitung, in den Oberösterreichischen Nachrichten und in der Tiroler Tageszeitung lesen.

Denn wenn schon über Kosten statt Leistungen gesprochen wird, dann bitte auch **über die wahren Kosten! 24 Prozent der staatlichen Zuschüsse zu den Pensionen** sind nämlich **keine Pensionsleistungen im eigentlichen Sinn!** Dabei handelt es sich um Sozialleistungen und Mittel zur Armutsbekämpfung wie etwa die Ausgleichszulage oder Teilversicherungszeiten, etwa für Kindererziehung.

Diese Leistungen haben alle ihren Wert und sind wichtig – genauso wichtig erachte ich es aber auch, sie **getrennt von den Pensionskosten zu betrachten**. Das bringt der Diskussion **mehr Sachlichkeit und Konstruktivität**, da beispielsweise über Aufwendungen zur Armutsbekämpfung anders gesprochen wird als über Zuschüsse zu den Pensionen.

## **Alle, die arbeiten wollen, sollen dies auch können!**

Laut Berechnungen der Alterssicherungskommission **steigen die Pensionskosten in den kommenden Jahrzehnten im gleichen Ausmaß wie die Wirtschaftsleistung**. Das beweist, dass eine **gute Wirtschaftspolitik** immer noch die **beste Sozialpolitik** ist. Ein stabiler Arbeitsmarkt, eine hohe Erwerbsbeteiligung und stabile Löhne sorgen für ein nachhaltig gestärktes Pensionssystem.

Die Stellhebel dafür sind eindeutig: Die Österreicherinnen und Österreicher gehen immer noch im Durchschnitt um **knapp vier Jahre zu früh in Pension** – noch dazu fallen **60 Prozent** vor dem Pensionsantritt in die **Erwerbslosigkeit**. Darum müssen wir alles tun, um das **faktische an das gesetzliche Pensionsalter anzupassen** und um zu verhindern, dass ältere Menschen in Arbeitslosigkeit oder Pension gedrängt werden.

Die Möglichkeiten, um dies zu erreichen, sind vielfältig, etwa durch eine **Anhebung und Angleichung des Bonus-Malus-Systems** für verfrühten oder späteren Pensionsantritt oder **flexiblere Beschäftigungsmodelle** in der Altersteilzeit. Ich bin dazu bereits in Gesprächen mit unserem **Arbeitsminister Martin Kocher**.